

Dr. <sup>in</sup> Anna Sporrer  
Bundesministerin

Herrn  
Dr. Walter Rosenkranz  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.365.106

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)2081/J-NR/2025

Wien, am 04. Juli 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Nicole Sunitsch, Kolleginnen und Kollegen haben am 6. Mai 2025 unter der Nr. **2081/J-NR/2025** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Haft- und Ersatzfreiheitsstrafen im Zusammenhang mit Corona-Maßnahmengegnern“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zur Frage 1:**

- *Wie viele Personen wurden seit Beginn der Corona-Pandemie (März 2020) bis heute in Österreich in Zusammenhang mit Verstößen gegen Corona-Maßnahmen (z. B. Maskenpflicht, Ausgangsbeschränkungen, Versammlungsrecht) zu Freiheitsstrafen verurteilt?*

Dazu liegen dem Bundesministerium für Justiz mangels automationsunterstützter Auswertungsmöglichkeiten keine Zahlen vor. Es sind aber keine einschlägigen Fälle bekannt.

**Zu den Fragen 2 bis 10:**

- 2. Wie viele dieser Fälle betrafen konkret Ersatzfreiheitsstrafen wegen nicht bezahlter Verwaltungsstrafen?
- 3. Wie viele dieser Personen traten die Haft tatsächlich an?
- 4. Gibt es Daten zur durchschnittlichen Dauer dieser Ersatzfreiheitsstrafen?
- 5. Wurden Personen aus besonders vulnerablen Gruppen (z. B. sozial benachteiligte Menschen, Obdachlose, psychisch Erkrankte) überproportional von solchen Maßnahmen betroffen?
- 6. Welche Möglichkeiten der Rechtsdurchsetzung (z.B. Ratenzahlung, gemeinnützige Leistungen) wurden den Betroffenen vor der Vollstreckung einer Ersatzfreiheitsstrafe angeboten?
- 7. Gab es in diesem Zusammenhang Beschwerden oder Verfahren beim Verfassungsgerichtshof oder beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte?
- 8. Wie bewertet das Justizministerium im Rückblick die Verhältnismäßigkeit der verhängten Ersatzfreiheitsstrafen im Kontext der Pandemie?
- 9. Ist geplant, diese Fälle - auch im Hinblick auf Rehabilitierung oder Wiedergutmachung - aufzuarbeiten oder zu evaluieren?
- 10. Inwiefern wird künftig sichergestellt, dass bei ähnlichen Krisensituationen sozial schwache Menschen nicht durch Ersatzfreiheitsstrafen überproportional belastet werden?

Die Verhängung und der Vollzug von Ersatzfreiheitsstrafen wegen nicht bezahlter Verwaltungsstrafen betrifft keine Angelegenheit des Wirkungsbereichs des Bundesministeriums für Justiz.

Dr.<sup>in</sup> Anna Sporrer

